

Blickpunkt FDP

Freie Demokratische Partei – Bezirksverband Reinickendorf
Nr. 3/2015 Juni 2015

Unser Projekt 2016:

Jetzt auf Wahlen in Berlin und Reinickendorf vorbereiten

Die erfolgreichen Wahlen in Hamburg und Bremen sollten uns Motivation und Verpflichtung zugleich sein, auch unsere Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur BVV in 2016 zu gewinnen. Sie haben gezeigt, dass die FDP auf einem guten Weg ist. Zudem darf eine andere Erkenntnis gezogen werden: Die FDP kann in Großstädten sehr erfolgreich sein. Warum soll uns also in der Hauptstadt nicht gelingen, was uns die Parteifreunde in den Hansestädten vorgemacht haben?

Wenn der Wiedereinzug ins Abgeordnetenhaus und in die Bezirksverordnetenversammlungen geschafft werden soll, müssen wir nun unsere Hausaufgaben machen. Dazu gehört nicht nur Klarheit über die liberalen Kandidaten, sondern vor allem die notwendige Vorbereitung unserer Programme und Positionen. Die Themen, die die Menschen unserer Stadt bewegen, sind auch die unseren. Die ungeklärte Zukunft von

wichtigen Infrastrukturprojekten wie dem Flughafen Tegel oder dem ICC, ein qualifiziertes Bildungsangebot mit Chancengerechtigkeit für alle von der Kindertagesstätte an sowie eine Verwaltung, die nicht Warteschlangen in Bürgerämtern produziert, sondern mit eGovernment zu einem modernen Dienstleister der Bürgerinnen und Bürger wird. Die Potenziale für die FDP in Berlin sind da. Nutzen wir sie!

Einladung zur parteiöffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses

Liebe Parteifreundinnen und –freunde,

im Einvernehmen mit dem Bezirksvorstand lade ich die Delegierten sowie alle anderen Mitglieder der Reinickendorfer FDP zur nächsten Sitzung des Bezirksausschusses ein.

Der Bezirksausschuss ist das höchste Beschlussgremium des Bezirksverbandes. Anträge an den Bezirksausschuss sind jederzeit willkommen; nach Möglichkeit sollten sie mir vorher zugehen oder spätestens in der Sitzung schriftlich vorliegen.

Zeit: Donnerstag, 18. Juni 2015, 19 Uhr 30 bis 22 Uhr

Ort: Restaurant Aventuras, Holzhauser Straße 59 (Ecke Conradstraße)

Tagesordnung:

- (1) Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung
- (2) Eingänge und Mitteilungen
- (3) Berichte aus den Partei-Vorständen
- (4) Bericht aus dem »Kommunalpolitischen Arbeitskreis«
- (5) Örtliche Abgrenzung der Ortsverbände im Bezirksverband Reinickendorf (§ 20 Abs. 3 Nr. 6 der Landessatzung)
- (6) Aktuelles: Sonderumlage von den Kreisverbänden für die kommenden Landtags- und Kommunalwahlen in Höhe von 25 Euro pro Mitglied und Jahr von 2015 bis 2017
- (7) Anträge
- (8) Verschiedenes, Termine

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Harald Krebs, Sprecher des Bezirksausschusses

Doch was heißt das für unseren Bezirk? Reinickendorf gehört historisch zu unseren Hochburgen. Nicht immer hat sich das auch in guten Wahlergebnissen für die BVV wiederspiegelt. Doch die Zeiten einer wirtschaftsfreundlichen Bürgermeisterin sind längst vorbei. Seit langem wird der Bezirk nur noch verwaltet und nicht mehr gestaltet. Was ist aus dem sprichwörtlich roten Teppich für Investoren geworden? Wo sind die neuen Unternehmen in Reinickendorf? Zur Schulpolitik: Warum schreibt mir immer noch die Verwaltung vor, wo mein Kind zur Schule gehen soll? Die FDP Reinickendorf wird jetzt mit der Arbeit an einer kommunalen Wahlaussage be-

ginnen. Der Bezirksvorstand hat eine entsprechende Arbeitsgruppe unter meiner Leitung eingerichtet. Dabei sollen in einem transparenten Prozess die Ortsverbände und der Kommunalpolitische Arbeitskreis parallel eingebunden sein. Ziel ist die Beschlussfassung im nächsten Jahr durch den Bezirksausschuss.

Es gibt viel zu tun. Die aktuellen positiven Entwicklungen sollten uns aber alle motiviert haben anzupacken. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen/Euch für unser Projekt 2016!

Ihr Andreas **Vetter**
Bezirksvorsitzender

German Angst oder German Mut?

In der Woche vor Pfingsten haben wir in Berlin einen tollen Parteitag erlebt. Die Aufbruchstimmung war zu spüren, die Ergebnisse in Hamburg und Bremen waren einfach grandios. Wer hätte gedacht, dass wir in der Hansestadt Bremen ein Ergebnis von 6,8 % einfahren?

Die Rede des wieder gewählten Bundesvorsitzenden war spitze und tat uns allen gut. Haben wir doch während des letzten Jahres im Rahmen der Leitbilddebatte gemerkt, dass wir uns nicht neu erfinden mussten – aber wir mussten uns neu entdecken: den engeren Zusammenhalt und die Erkenntnis, dass wir nur gemeinsam unsere Ziele erreichen. Diese Gemeinsamkeit haben wir in Hamburg und Bremen dokumentiert und so muss es auch weitergehen. Im nächsten Jahr liegen wichtige Wahlen vor uns. Und für die Berliner Freien Demokraten heißt es: Gas geben und kämpfen, damit wir wieder ins Abgeordnetenhaus einziehen können! Gute Ergebnisse in anderen Bundesländern werden dabei mehr als hilfreich sein.

Apropos: die Sonderumlage wurde mit großer Mehrheit beschlossen, ein wichtiger und richtiger Schritt für zukünftige Wahlerfolge!

Sie wissen, dass Christian Lindner als Bundesvorsitzender bestätigt wurde, ebenso wie Wolfgang Kubicki und Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Neu ins

„Obere Quintett“ wurde Katja Suding als dritte Stellvertreterin gewählt. Die Beisitzer im Präsidium sind außer Holger Zastrow die „alten“. Hoffen wir auf weitere gute Zusammenarbeit im Präsidium, das von Nicola Beer und Hermann-Otto Solms komplettiert wird.

Ich habe mich riesig gefreut, dass ich wiederum in den Bundesvorstand gewählt wurde. Diesmal auf der „freien Wildbahn“, was die Sache nicht einfacher macht. Die Berliner sitzen also wieder mit drei Mitgliedern im Bundesvorstand: Alexandra Thein als „Kurfürstin“ sowie Alexander Pokorny und ich als „Wildbahn-Beisitzer“! Wobei ich natürlich neidlos hervorheben möchte, dass Alexander Pokorny das beste Ergebnis erzielen konnte. Bei mir war es dann zwar das schlechteste, aber wie heißt es so schön: drin is drin!

In diesem Sinne – auf weitere gute Zusammenarbeit in Reinickendorf, Berlin und im Bund!

Mieke **Senftleben**

Namen und Aufgaben

Der Bezirksausschuss hatte auf seiner Jahreshauptversammlung am 26.2.2015 das Sprechergremium und die Landesausschussdelegierten neu gewählt.

Als Sprecher wurde in seinem Amt bestätigt: Dr. Harald **Krebs**. Stv. Sprecher wurden die Herren Dr. Wilfried **Bernhardt** sowie Rainer **Weser**.

Delegierte zum Landesausschuss:

Hauptdelegierte

- (1) Andreas **Vetter**
- (2) Sibylle **Meister**
- (3) Mieke **Senftleben**
- (4) Dr. Wilfried **Bernhardt**
- (5) Juliane **Hüttl**
- (6) Heidemarie **Eller**

Ersatzdelegierte:

- (1) Anna **Alf**
- (2) Götz **Galuba**
- (3) Andreas **Otto**
- (4) Dr. Dieter **Schramm**
- (5) Fritz **Ohnesorge**
- (6) Rainer **Weser**

Herzliche Einladung an alle

Die Bürgerinnen und Bürger von Reinickendorf sind angesichts der sich häufenden Meldungen über Wohnungseinbrüche beunruhigt und fragen kritisch, ob genügend für den Eigentumsschutz in Reinickendorf-Nord getan wird.

Die für Reinickendorf zuständige Polizeidirektion 1 weist auf ihrer Website auf ihr besonderes Anliegen hin, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Reinickendorf und Pankow sicher fühlen. Deshalb sei die Direktion fortwährend bestrebt, auf der Straße präsent und ansprechbar zu sein und die Arbeit innerhalb der Dienststellen auf das notwendige Maß zu reduzieren. Sie bieten darüber hinaus Informationen über die Schutzmaßnahmen und die Möglichkeiten der Eigensicherung an.

Auf unsere Einladung wird uns im Rahmen des monatlich stattfindenden „Liberalen Treffs“ des FDP-Ortsverbands Reinickendorf Nord – Berlin ganz oben

Herr Kriminaloberrat Andreas **Grabinski** von der Berliner Polizeidirektion 1

am 13. Juli 2015 um 19.30 Uhr im mexikanischen Restaurant „Bocadito“ (www.bocadito-berlin.de), Donnersmarckallee 3, 13465 Berlin-Frohnau

Informationen über die Sicherheitslage und einen wirksamen Schutz vor Wohnungseinbrüchen in Reinickendorf geben und auch für Fragen zur Verfügung stehen.

Dr. Wilfried **Bernhardt**, OV-Vorsitzender.

Streikrecht, Streikrecht über alles!?

Die schrillen Töne während der letzten Streikrunden der GdL haben mit ihren Zuspitzungen die Republik in zwei Bereiche geteilt: Wer ist für das uneingeschränkte Streikrecht, und wer legt die Axt an ein Grundrecht? Ähnlich war diskutiert worden: Darf „Satire alles“ oder könnte es Einschränkungen geben?

Als Partei musste die FDP zumindest im Bundestag dazu keine Position abgeben, obwohl es spannend geworden wäre, eine liberale Einschätzung in der aufgewühlten Atmosphäre zu hören.

Als Partei des Rechtsstaats und der sozialen Marktwirtschaft hätte es die FDP womöglich leicht, Position zu beziehen: Alle unveräußerlichen Grundrechte der Art. 1 – 20 des Grundgesetzes finden ihre Grenzen, wenn sie die Grundrechte anderer Menschen einschränken, weshalb für uns der Grundsatz gilt, dass Freiheit und Verantwortung zwei Seiten derselben Medaille sind. Insofern gilt kein Grundrecht isoliert und unbeschränkt.

Zudem wurden Arbeitszwang und Arbeitslager aus sehr guten Gründen abgeschafft, weshalb es keinen Zwang geben darf, Arbeiten ausführen zu müssen.

Aktuell wurde der Grundsatz der **Verhältnismäßigkeit** zur Bewertung von Streikaktionen herangezogen. Verhältnismäßigkeit ist ein Begriff, der unbestimmt ist und für die jeweilige Lage der Konkretisierung bedarf. Ich hatte dabei den Eindruck gewonnen, dass die Einbeziehung unbeteiligter Dritter in den Arbeitskampf ein Hauptkriterium war: Die Beeinträchtigung Außenstehender wird sich nicht immer ausschließen lassen; wenn jedoch der Druck auf Dritte **strategisch als Erpressung des Tarifpartners** geplant und eingesetzt wird, dann wäre die Grenze zur Unverhältnismäßigkeit aus meiner Sicht überschritten.

So unterschieden sich die Streiks von GdL und Verdi (gegen Amazon): Während die GdL den schienengebundenen Personen- und Güterverkehr zum Zusammenbruch bringen und damit Macht über den Ver-

handlungspartner ausüben wollte, kämpfte Verdi eher „klassisch“ gegen einen Unternehmer, was Buchkäufer nicht hinderte, Bücher woanders zu erwerben.

Beiträge und Spenden

Für Beiträge und Spenden können die folgenden Konten verwendet werden:

Bezirksverband Reinickendorf: IBAN DE15 1009 0000 7244 3300 15

OV Nord: DE65 1004 0000 0922 2050 00.
Es gelten die bisherigen Kontoanschriften der integrierten Ortsverbände vorläufig weiter:

OV Mitte-Süd:

Es gelten die bisherigen Kontoanschriften der integrierten Ortsverbände weiter:

OV Hermsdorf-Tegel: DE43 1004 0000 0921 8884 00

OV R'dorf-Wittenau/MV: DE76 1001 0010 0279 2291 07

FDW Reinickendorf: DE30 1007 0024 0815 3942 00.

Parteifreund/innen, die die Zahlung der **Sonderumlage** für die Bundespartei durch eine zusätzliche Spende unterstützen möchten, mögen diese bitte auf das Konto ihres Ortsverbands einzahlen: Die OV's führen diese Umlage ab!

Wir von der FDP als der geborenen Partei der Marktwirtschaft wissen andererseits, dass sich die modernen, höchst leistungsfähigen Marktwirtschaften durch einen hohen Grad an effizienzsteigernder Arbeitsteilung auszeichnen, was unter anderem an ei-

nem im internationalen Vergleich sehr hohen Reallohniveau und einer sehr guten Verfügbarkeit von existenziellen Infrastrukturgütern und –diensten sichtbar wird. Nicht zufällig liegt Deutschland auf Platz 6 (von 187) des von der UN ermittelten „Index menschlicher Entwicklung (HDI)“.

Die Kehrseite ist die höhere Verwundbarkeit gegenüber Eingriffen kleinerer Gruppen z.B. in die Energieversorgung, den Bahn- und Flugverkehr, Not-, Ordnungs- und Rettungsdienste, Wasserver- und –entsorgung, Gesundheits- und Nahrungsmittelsicherheit usw. Diesen Gruppen wächst ein überproportionales Erpressungspotenzial zu.

BLICKPUNKT FDP

wird als Mitteilungsblatt herausgegeben vom Bezirksverband Reinickendorf der Freien Demokratischen Partei.

Anschrift: Kurfürstenstr. 56a, 13467 Berlin; Mail: tolksd@hwr-berlin.de

Redaktion: Dr. Michael Tolksdorf

Redaktionstreffen bei Bedarf, grundsätzlich vor den Sitzungen des Bezirksvorstands.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Satz + Layout: M. Tolksdorf

Der BLICKPUNKT FDP wird grundsätzlich elektronisch zugestellt. Änderungen der Mailanschriften bitte gleich mitteilen. Bei Wunsch kann weiterhin die postalische Zustellung erfolgen. Bitte um Anmeldung mit Adressenangabe.

Beiträge: Jedes Mitglied der Reinickendorfer FDP ist eingeladen, Beiträge für den BLICKPUNKT zu verfassen. Bitte senden Sie Ihre Beiträge wenn möglich als Worddatei an tolksd@hwr-berlin.de.

Eingebettet in die großen Industriegewerkschaften in Deutschland konnten derartige Interessengegensätze bislang ganz gut ausgeglichen werden; mit dem Aufkommen der Spartengewerkschaften verlagern sich die Konflikte auf die Ebene der unmittelbaren Tarifauseinandersetzung.

Tatsächlich sind wir als Liberale grundsätzlich für das Recht der Menschen, sich in Koalitionen zu finden, um für ihre Interessen ein zu stehen; auch von großen Gewerkschaften kann Macht über einzelne Berufsgruppen ausgeübt werden, sodass sich die dort Arbeitenden nicht mehr vertreten fühlen. Sich diesem Druck durch eigene Interessenvertretung zu entzie-

hen, ist ein originäres liberales Recht. So waren die ersten Lokführerstreiks vor wenigen Jahren zustande gekommen, weil die Einheitsgewerkschaft die Anforderungen und Belastungen der einzelnen Berufsgruppen nicht mehr richtig gewichten konnte: Die Gründung der GdL ein Symptom für das Versagen des DGB?

Was tun? Arbeitnehmervertretungen werden sich auch jenseits bestehender Gewerkschaften bilden dürfen, und das wird insbesondere dann geschehen, wenn die Sparte ein großes Druckpotenzial hat, je mehr sie wehrlose Dritte in Geiselnhaft nehmen kann, um damit für sich bessere Bedingungen durchzusetzen. Das wird man nicht ausschließen, aber regulieren können: Je stärker die Abhängigkeiten Dritter, desto mehr wird die streikende Gewerkschaft bereit sein müssen, Notdienste für das Angebot einer Grundversorgung ihrer infrastrukturell wichtigen Arbeiten anzubieten. Im GdL-Streik hieße das konkret, dass nicht nur die Deutsche Bahn, sondern auch die GdL zur Mitwirkung bei einer Notdienstbereitstellung zu verpflichten wäre. Das zu verweigern wäre ein unverhältnismäßiger Streik, der eine Schadenersatzpflicht der streikaufrufenden Arbeitnehmervertretung auslösen könnte. Dazu würde sich dann im Laufe der Jahre eine umfangreiche Fallrechtsprechung entwickeln, wie sie bereits heute schon in den vielen arbeitsrechtlichen Normen angelegt ist.

Denkbar wäre, in den infrastrukturell relevanten Bereichen mit hohem Erpressungspotenzial eine **obligatorische Schlichtung** vorzusehen, die – analog zu Gerichtsverfahren – die antagonistischen Positionen der Tarifparteien zu einem Ausgleich bringt.

Nebenbei: Für Unternehmen gilt das prinzipiell schon heute – je stärker es ist, desto eher kann es Verfahren wegen des **Missbrauchs von Marktmacht** geben.

Im Grunde genommen könnte auf diese Weise das grundlegende Sozialstaatsgebot (Art. 20 III GG) mit seinen verpflichtenden Anforderungen an alle Beteiligte gewürdigt werden. Was im Art. 14 II GG mit der Sozialbindung der Nutzung von Eigentum vorgezeigt ist, könnte auf andere Bereiche der Macht über Dritte ausgedehnt werden.

M. Tolksdorf

Sollbruchstelle

Der Bezirksvorsitzende hat mit gutem Grund angemahnt, Klarheit über Programme und Positionen herzustellen – nur so ließe sich 2016 der Wiedereinzug in die Parlamente erreichen. Zu den bevorstehenden Beschlüssen wird auch die Entscheidung gehören, wie die FDP mit dem Flughafen Tegel TXL angesichts der 2017 möglichen Eröffnung des BER umgehen wird?

Die klassische Gretchenfrage, die unsere Landesausschussdelegierten bereits in der Vergangenheit betraf, und die Reinickendorf von Zehlendorf, Steglitz und Wilmersdorf unterscheidet: Wie halten wir es mit der Offenhaltung von Tegel, weil BER rechnerisch jetzt schon ausgelastet sein soll?

Hier ist kein Platz, um das auszufeuchten. Es sei nur erinnert, dass Entscheidungen Alternativen haben: Wenn TXL offen bleibt, was können wir dann nicht realisieren? Wenn das Gelände wegen fortgesetzten Flugbetriebs nicht mehr für Gewerbe, Wissenschaft & Forschung sowie Wohnen und Naherholung zur Verfügung stehen wird, was kostet uns das an Chancen und Entwicklung?

M.T.